Parteipolitisches Sicherheitsgezänk

SP und Grünes Bündnis lehnen alle Vorstösse der SVP als untauglich ab – diese ist «entsetzt»

Von David Weber

Basel. André Auderset muss sich immer wieder anhören, dass er in der SVP eigentlich besser aufgehoben wäre. Gestern befeuerte der am rechten Rand der LDP politisierende Grossrat diese Ansicht erneut. Er geisselte bereits im Parlament und später in einer Medienmitteilung die Haltung von SP, Grünem Bündnis und anderen, die alle acht Vorstösse der SVP zum Thema Sicherheit ablehnten. «Langsam wird es peinlich», sagte Auderset. Die Gegner würden nur auf den Absender der Vorstösse schauen und diese ohne inhaltliche Prüfung ablehnen. «Ihre Haltung ist äusserst unprofessionell», rief er den aus seiner Sicht «ideologisch motivierten Diskussionsverweigerern» zu.

Auch SVP-Präsident Sebastian Frehner beklagte, dass sich die Gegner bloss lustig machen würden über die SVP-Vorstösse, anstatt sich damit auseinanderzusetzen. SP und Grünes Bündnis nähmen die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung nicht ernst. Im Parlament fragte Frehner die SP-Fraktionspräsidentin Tanja Soland: «Ist für Sie die Sicherheit einfach gottgegeben, sodass man nichts machen muss?» «Nein», antwortete diese. Aber die SP streue der Bevölkerung keinen Sand in die Augen, indem sie vorgaukle, dass es die absolute Sicherheit gebe. «Wir unterstützen eine seriöse Gesamtschau zum Thema Sicherheit», sagte Soland, damit man dann wirksame Massnahmen ergreifen könne. «Populistische Einzelforderungen» brächten nichts. Auch Vertreter des Grünen Bündnisses bezeichneten die Vorstösse als «populistisch» und «nicht zielführend».

Grosser Rat
Berichterstattung aus dem Rathaus

Übrigens konnte auch die FDP-Fraktion den im Wahlkampf lancierten Vorstössen wenig abgewinnen. Die Freisinnigen stimmten trotzdem für Überweisen an die Regierung. «Sonst könnte sich die SVP hinterher wieder als Opfer darstellen, weil ihre Vorschläge nicht einmal zur Prüfung der Regierung überwiesen worden seien», erklärte FDP-Präsident Daniel Stolz.

Gegen bessere Parkbeleuchtung

Eine kurze inhaltliche Debatte gab es zu den einzelnen Vorstössen doch noch. Etwa beim Vorstoss von Alexander Gröflin: Er fordert, dass «alle delinquierenden Asylsuchenden sowie Asylsuchende, welche die Mitwirkung am Verfahren verweigern», in einer geschlossenen zentralen Unterkunft untergebracht werden sollen. Jürg Stöcklin (GB) sagte dazu: Mit dem Strafrecht könnten heute schon kriminelle Asylbewerber belangt werden. Zudem seien die Begriffe unklar: Was heisse, «die Mitwirkung am Verfahren verweigern»? Der Vorstoss wurde mit 45 zu 34 Stimmen abgelehnt.

Frehner scheiterte mit der Forderung nach einer «Durchsetzung eines Handyverbots für kriminelle und renitente Asylanten» – wie auch Eduard Rutschmann, der den Bahnhofsplatz wieder zu einer «Visitenkarte» machen möchte, indem Personen, die die öffentliche Ordnung stören, mit einem Platzverbot belegt werden. Ursula Metzger (SP) bezeichnete das als «diskriminierend»; Randständige seien eine Realität und müssten auch ihren Platz haben.

Abgelehnt wurde ebenso die 24-Stunden-Permanent-Überwachung des Rheinbords auf der Kleinbasler Seite sowie ein Anzug, der «Massnahmen gegen Drogendealer» forderte, ohne jedoch konkrete Vorschläge zu machen.

Ratspräsident sorgt für Unmut

Nur ganz knapp abgelehnt wurde die Forderung nach einer besseren Ausleuchtung von Parkanlagen, um die «Sicherheit 24 Stunden am Tag zu gewährleisten» – mit 44 zu 40 Stimmen. Bei den «Videokameras zur Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden» war es noch knapper. Toni Casagrande forderte, dass ein öffentlicher Bereich in einer zweijährigen Testphase überwacht werden sollte. Das Parlament, das kürzlich bereits mehrere Videokameravorstösse abgelehnt hatte, war gespalten. 45 zu 45 hiess das Verdikt. Mit seinem Stichentscheid versenkte Grossratspräsident Daniel Goepfert (SP) den Vorstoss.

Er verletzte damit erstmals seine eigene Regel bei Stichentscheiden. Bis anhin stimmte Goepfert bei Stimmgleichheit immer für Überweisen an die Regierung – egal, aus welcher politischen Ecke der Vorstoss kommt. Gestern begründete er sein Nein so: «Es kommen ja noch mehr Vorstösse von dieser Sorte.» Die SVP wertete das als «respektlos» und als «parteipolitisch gefärbten Ausraster». Er habe «noch mehr Vorstösse zum Thema Videoüberwachung» gemeint, rechtfertigte sich Goepfert daraufhin. Nach der Sitzung begründete er gegenüber der BaZ seinen Stichentscheid: Der Grosse Rat habe in letzter Zeit «verschiedene Vorstösse zum Thema abgelehnt. So ist das Parlament konsistent in seinen Beschlüssen.»

Kameralos. Kleinbasler Rheinbord wird nicht permanent gefilmt. Foto Bettina Matthiessen

Kommentar

Absurde Ideen, kindlicher Trotz

Von David Weber

Das Parlament ist beim Sicherheitsthema handlungsunfähig geworden, wie die gestrige Debatte zeigte. Da ist auf der einen Seite die SVP, die eine absurde Forderung an die andere reiht. Permanente Videoüberwachung des Rheinbords? Randständige vom Bahnhofsplatz vertreiben? Hauptsache, man fordert etwas, scheint das Motto. Auf der anderen Seite stellt Rot-Grün eine kindliche Trotzreaktion zur Schau und lehnt unbesehen alles ab. Auch wenn die SVP mit ihrer Politik ein wenig mitschuldig daran ist: Das ist Grossratsfraktionen unwürdig. Zumindest ein Vorschlag, jener nach einer besseren Beleuchtung in Parks, hätte durchaus eine Chance verdient. Die SP würde eine «seriöse Gesamtschau» zum Thema Sicherheit unterstützen, sagt sie. Das wäre angesichts der Blockade eine gute Idee. Aber nur davon zu reden, ist billig. Warum forciert die SP diese Idee nicht?

david.weber@baz.ch

Nachrichten

Grosser Rat hält an Cannabis-Versuch fest

Basel. Das Parlament setzt weiterhin auf einen Pilotversuch für einen kontrollierten Verkauf von Cannabis. Die Regierung forderte den Rat gestern vergeblich auf, den Anzug von Tanja Soland (SP) abzuschreiben. Die Übungsanlage verstosse gemäss einem Rechtsgutachten gegen das Betäubungsmittelgesetz, wurde argumentiert. Das Parlament entschied trotzdem, den Vorstoss stehen zu lassen. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses von 38 zu 38 Stimmen bei drei Enthaltungen fällte Ratspräsident Daniel Goepfert (SP) den Stichentscheid zugunsten der Forderung. Die Verfolgung von Cannabis-Konsumenten binde zu viele Polizeikapazitäten, argumentierte Soland. daw

Pumpspeicherwerk auf dem Chrischonahügel

Basel. Mit 53 zu 24 Stimmen überwies das Parlament gestern einen EVP-Vorstoss an die Regierung. Diese muss nun prüfen, ob auf dem Chrischonahügel ein Pumpspeicherkraftwerk erstellt werden könnte. Als unteres Becken könnte laut Vorstoss der Stausee Birsfelden genutzt werden. Das obere Becken soll oberhalb von Bettingen liegen, bei einem Höhenunterschied von 180 Metern. Der Bettinger Grossrat Helmut Hersberger (FDP) bezeichnete die Idee als Unsinn. daw

Brand in einer Pergola wird rasch gelöscht

Bettingen. Am Landhausweg/Büntenweg in Bettingen brannte gestern um 10.30 Uhr das Unterdach einer Pergola. Der Besitzer verständigte die Rettungsdienste, es gelang ihm aber, den Brand mit einem Feuerlöscher zu löschen, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Das Feuer richtete Sachschaden an. Die Ursache ist noch Gegenstand der Ermittlungen.

Spruchkammern für den Erwachsenenschutz

Basel. Anita Schmid (59) und Marianne Kalt (49) sind vom Regierungsrat zu Vorsitzenden der Spruchkammern im Kindes- und Erwachsenenschutz gewählt worden. Anfang 2013 treten die neuen Bundesvorschriften über den Kindes- und Erwachsenenschutz in Kraft. Das kantonale Einführungsgesetz sieht zwei Spruchkammern vor. Die beiden Gewählten sind heute in tragenden Funktionen als Juristinnen in der Vormundschaftsbehörde tätig, die auf zwei Dienststellen aufgeteilt wird.

Hochhaus beim S-Bahn-Halt

Dreispitz-Knoten soll besser genutzt und belebt werden

Basel. Ein 40 Meter hohes Haus soll ein städtebauliches Zeichen an der Münchensteinerstrasse setzen. Im Raum zwischen dem Tramdepot Dreispitz und dem Walkeweg sollen zudem ein öffenlicher Platz und neue Zugänge zur S-Bahn-Haltestelle entstehen. Dafür beginnt heute die öffentliche Planauflage, wie das Bau- und Verkehrsdepartement mitteilt. Schon 2009 haben Bachelard Wagner Architekten zusammen mit den Landschaftsarchitekten Berchtold und Lenzin dafür einen Wettbewerb gewonnen. Das Projekt sei seither vertieft worden, sagt Axel Schubert vom Planungsamt. Das Hochhaus biete mit seinen Auskragungen auch Wartebereiche für die Tram- und Bushaltestelle.

Neben Dienstleistungen wie Läden, Büros oder Praxen sollen auf einem Drittel der Fläche von 10 000 Quadratmetern Wohnungen entstehen. Deren Zahl und Grössen sind noch offen. Das Land gehört dem Kanton, Immobilien Basel-Stadt ist für die Vergabe an einen Investor zuständig. Vor einer Realisierung müssen die BVB-Werkstätten verlegt werden. Der Neubau westlich des Tramdepots soll bis 2014 vollendet sein. Das Hochhaus kann also erst danach gebaut werden. ur

Unterlagen zur Planauflage: **www.bvd.bs.ch**

Das Volk hat die Grenzen bereits überwunden

Das achte Metrobasel Forum debattierte über das Gesundheitswesen sowie den Messe- und Kulturplatz

Von Markus Vogt

Basel. Sowohl für das grenzüberschreitende Gesundheitswesen als auch für den Messe- und Kulturstandort Basel könnte mehr getan werden: Dieses Fazit lässt sich aus den Referaten und zwei Podiumsdiskussionen am 8. Metrobasel Forum ziehen. Eine weitere, allerdings nicht neue Erkenntnis: In beiden Bereichen sollten die vielen Beteiligten so rasch wie möglich an einen Tisch sitzen und nach Lösungen suchen.

Der Basler Gesundheitsdirektor Carlo Conti erklärte, dass die Bevölkerung der Region die bestehenden Kantons- und Landesgrenzen kaum noch wahrnehme. Die Region wachse immer mehr zu einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einheit zusammen. Die Gesundheitsversorgung hinke dieser Entwicklung hinterher, während der «kleine Grenzverkehr» im Gesundheitswesen seit Jahren funktioniere. Das laufende Pilotprojekt ist auf drei Jahre und räumlich auf Basel-Stadt, Baselland und den Landkreis Lörrach beschränkt. Conti schwebt die Vision einer Gesundheitsversorgungsregion Nordwestschweiz vor, mit Basel-Stadt, Baselland sowie Teilen der Kantone Aargau, Solothurn und Jura. Dafür brauche es eine gemeinsame Bedarfsplanung. Als weitere Schritte sähe Conti die volle Freizügigkeit ab 2014 zwischen Basel-Stadt und Baselland, die Freizügigkeit im ganzen Versorgungsraum und gemeinsame Strukturen. Die zweite Vision wäre die trinationale Gesundheitsregion, also der Ausbau in Richtung Südbaden und Südelsass, mit Freizügigkeit bei der Spitalwahl und bei den Tarifen.

Forschung unverzichtbar

Carlo Conti sprach auch die Gesundheitswirtschaft an – solche Visionen sind nur möglich mit einer Medizinischen Fakultät an der Uni Basel, in der Kernstadt der Region, und mit klinischer Forschung am Standort Basel. Beides sei eine wichtige Standortfrage.

Die Mauer, die dem grenzüberschreitenden Gesundheitswesen im Weg stehe, sei erst zu einem ganz kleinen Teil eingerissen, erklärte Andreas Faller, Vizedirektor im Bundesamt für Gesundheitswesen. Das Pilotprojekt Basel-Lörrach sei gut unterwegs, nur die Fallzahlen seien noch zu tief. Obwohl das Gesetz die Kantone zu regionaler Spitalplanung verpflichtet, halte sich niemand daran. Es brauche Gesundheitsregionen.

Nirgendwo auf der Welt sei die Life-Sciences-Industrie für die regionale Wirtschaft so wichtig wie in Basel, erklärte Pascal Brenneisen, Leiter Novartis Schweiz. Die Pharmaindustrie sichere in der Schweiz 144 000 Arbeitsplätze und jeder dieser Arbeitsplätze sichere 3,7 weitere. Für Forschung und Entwicklung habe Novartis von 1997–2011 total 84 Milliarden Dollar ausgegeben.

Das Basler Engagement beim Onkologiezentrum in Lörrach sei ausgesprochen komplex, sagte schliesslich Unispitaldirektor Werner Kübler. Bis das Projekt fliege, seien noch etliche Herausforderungen zu überwinden.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion (Leitung Esther Girsberger) war man sich einig, dass Grenzen überwunden werden und dass sich die Beteiligten zum Gespräch finden sollten. Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr, die zur Runde stiess, meinte, dass in unserem Land Pioniere eine grosse Chance hätten, etwas zu verändern, doch meist schöben die Protagonisten den Ball hin und her. Um vorwärtszukommen, regte Pascal Brenneisen an, die Datenbasis zu aktualisieren.

Strahlkraft dank der Messe

Zum Thema Messe- und Kulturplatz Basel hielten Metrobasel-Direktorin Regula Ruetz, Messe-CEO René Kamm und der Baselbieter Regierungsrat Isaac Reber Einführungsreferate. Die Messe sei Aushängeschild und Drehkreuz zugleich, Wirtschaft und Kultur beeinflussten sich gegenseitig, meinte Regula Ruetz. Dazu komme neu als «dritte Dimension» der Sport, vor allem mit Fussball und Tennis. Was die Messe fürs Baselbiet bedeutet, beschrieb Regierungsrat Isaac Reber mit Anekdoten und dem finanziellen Engagement seines Kantons. Alles in allem profitiere Baselland jährlich mit 890 Millionen Franken von den Aktivitäten der Messe. Der Messeplatz verleihe der Region Strahlkraft, das Baselbieter Engagement sei nicht nur monetär motiviert. Reber empfahl, zusammen im Boot zu bleiben und weiterhin in die gleiche Richtung zu rudern. Einen Überblick über die Messe gab schliesslich deren CEO René Kamm. Von weltweit 300 Leitmessen befinden sich deren vier in der Schweiz respektive drei in Basel (Baselworld, Art, Worlddidac). Bezüglich Ausstellungsfläche liegt die Messe weltweit auf dem 12. Platz, bezüglich Umsatz auf Platz sechs.

Das Podium danach diskutierte dann mehr den Kulturplatz, das Sponsoring und die Vermarktung des Standortes. Tourismus-Direktor Daniel Egloff plädierte für gemeinsames Vermarkten, Matthias Müller (AVO Session) empfahl, Grenzen zu überwinden, Markus Muffler («Stimmen»-Festival Lörrach) wünscht gemeinsame Kulturorganisationen. Isaac Reber riet, Neues nicht nur im Zentrum realisieren zu wollen, sondern auch im Nachbarkanton.